

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten, Falkensteiner Anzeiger
Hornauer Anzeiger Eppenhain, Glashütten, Ruppertszhain, Schloßborn • Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.70 M., monatlich 90 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 24 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 18 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Beizeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch

24

September

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsch. Jede Nachschreibung wird hinfällig bei gerichtlicher Beilegung der Angelegenheiten. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/2 9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird mündlich berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 149 - 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Am 20. Sept. Unter dem Titel „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges“ hat Dr. Roderich Soos mit Ermächtigung des Leiters des deutsch-österreichischen Staatsamtes für auswärtige Angelegenheiten auf Grund atemberaubender Nachforschung eine historische Arbeit publiziert, welche heute erschienen ist. Sie gibt eine genaue Darstellung der Haltung des Wiener Kabinetts vom 28. Juni bis zum 1. August 1914, also von der Bluttat von Sarajewo an bis zur Kriegserklärung des Deutschen Reiches an Rußland. Aus den veröffentlichten Aktenstücken geht hervor, daß die bisherigen Beweisdokumente der Entente für die ablehnende Haltung der Deutschen Regierung gegenüber den englischen Vermittlungsvorschlägen schwerwiegende materielle Irrtümer enthalten. Es wird festgestellt, daß der angebliche Potsdamer Kronrat am 5. Juli 1914 in Wahrheit eine Sitzung des Ministerrates für die gemeinsamen Angelegenheiten in Wien am 7. Juli 1914 war. Nach dem Protokoll über diese Sitzung einigten sich alle Anwesenden mit Ausnahme des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza auf den Standpunkt, daß ein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer efflatanten Demütigung Serbiens endigen würde, wertlos wäre und daß daher so weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, daß sie eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege eines militärischen Eingreifens angebahnt würde. Aus der Veröffentlichung geht weiter hervor, daß das Berliner Kabinett ohne Kenntnis des Wortlautes der österreichisch-ungarischen Note an Serbien geblieben und an ihrer Abfassung keinen Anteil hatte, sowie daß die serbische Antwortnote vom Wiener Kabinett überhaupt nicht nach Berlin mitgeteilt wurde. Des weiteren wird atemberaubend nachgewiesen, daß der englische Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli dringliche und nachdrückliche Befürwortung durch die Berliner Regierung gefunden hatte. Herr v. Tschirsky war beauftragt worden, an die nach Wien weitergegebenen Äußerungen Sir Edward Grens u. a. folgende Bemerkung zu knüpfen: Das deutsche Kabinett müsse es dringendst und nachdrücklichst der Erwägung der k. u. k. Regierung anheimstellen, die Vermittlung Englands unter den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Es wäre für Österreich-Ungarn und Deutschland ungemein schwer, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen. Als ebenso unverkennbar bezeichnet aber auch die Arbeit die weitere Tatsache, daß der englische Vorschlag infolge der diktorischen und urfälligen Behandlung seitens des Wiener Kabinetts keine Annahme gefunden habe.

Deutschlands Entlastung.

Am 21. Sept. Die Blätter bemerken zu der Veröffentlichung von Dr. Soos über das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges, sie bedeute eine Entlastung Deutschlands und werde das Urteil in der Schuldfrage wesentlich beeinflussen. Der „Vorwärts“ sagt: Das Buch erbringt den demokratischen Beweis, daß der Krieg vom österreichischen Kabinett und seinem Führer Grafen Berchtold absichtlich herbeigeführt wurde. — Das „Tageblatt“ schreibt: Die Veröffentlichung genügt für die Erkenntnis, daß der Anteil der Schuld Österreichs größer sei, als man bisher angenommen habe. — Die „Deutsche Allgem. Ztg.“ sagt: Man sei versucht, von einer Rache für Sadowa zu sprechen, welche die Leiter der Habsburger Politik nahmen, als sie Deutschland in den Krieg hineintrieben. — Der „Lokal-anzeiger“ meint, es werde durch die Veröffentlichung gezeigt, daß die deutsche Politik vollständig von den österreichischen Ministern ins Schlepptau genommen wurde. — Die „Kreuzzeitung“ sagt: Die Versuche, die kaiserliche Regierung als kriegshebend hinzustellen, fallen durch diese Enthüllungen völlig zusammen. — Die „Tägliche Rundschau“ hält die politische Wirkung der Veröffentlichung für unabsehbar.

Ein holländisches Urteil über die Wiener Veröffentlichungen.

Das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ bespricht das von Dr. Roderich Soos zusammengestellte Notbuch über die Vorgeschichte des Krieges, aus dessen Inhalt hier gestern ausführliche Auszüge veröffentlicht wurden. Das Blatt schreibt: Ueber Graf Berchtold, Graf Bergaci und Misiulint ist bemerkenswert, daß sich keiner dieser drei Männer Deutsch-Österreicher nennen darf.

Graf Berchtold mit seinem deutschen Namen ist Tscheche. Drei Nichtdeutsch-Österreicher muß es also in erster Linie zugeschrieben werden, daß Deutsch-Österreich zu einem Staate dritten oder niedrigeren Ranges verkleinert wurde, der nicht einmal instande sein wird, für sich selbst zu sorgen, und dessen Bewohnern Lasten aufliegen, die für ihre ausgehungerten Körper zu schwer sind. Das Vorgehen Berchtolds zeugt von Leichtsinne, Falschheit und Hinterlist gegenüber einem Freunde und Bundesgenossen, wie sie als unerhört bezeichnet werden müssen. Nach den Enthüllungen von Dr. Soos kann man Bethmann Hollweg und Jagow in einigen sehr wichtigen Punkten, wie Ablehnung des Ultimatums an Serbien und Behandlung von Grens Vermittlungsangebot nichts Unerhörtes mehr vorwerfen, wohl aber eine Gutgläubigkeit, die man mit Recht als Leichtsinne und einfältige Dummheit bezeichnen kann.

Veröffentlichung deutscher Akten in Sicht.

Der Berliner „Lokalanzeiger“ meldet: In einer längeren Darlegung zur Verteidigung der Reichsregierung gegen den Vorwurf der Verschleppung teilen die „P. P. N.“ mit, daß ein Teil des von Rautsky gesichteten Aktenmaterials noch im Laufe des Oktober veröffentlicht werden wird.

Volkschullehrer und Universität.

Durch einen Erlaß des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sind die Schranken gefallen, die bislang den Volksschullehrern und Lehrerinnen den Zugang zum akademischen Studium versperrten. Allen Lehrern und Lehrerinnen, die nach bestandener Seminar-Abgeschlußprüfung eine mindestens zweijährige Tätigkeit im Schuldienst nachweisen können, stehen die preussischen Universitäten und Hochschulen als gleichberechtigten und immatrikulierten Studenten zu einem Studium der Pädagogik und Philosophie offen, das nach frühestens sechs Semestern durch ein Examen in diesen Fächern beschlossen werden kann.

Ebenso können solche Lehrpersonen ohne weitere Ergänzungsprüfung zu einem Examen in den Staatswissenschaften zugelassen werden, sobald, wie geplant, in diesem Lehrfach bei der Oberlehrerprüfung die Lehrbefähigung erworben werden kann.

Ferner sind zur Ablegung des Staatsexamens für das höhere Lehramt zur Doktorprüfung alle Lehrer und Lehrerinnen zugelassen, die außer dem Zeugnis über die Seminar-entlassungsprüfung noch ein bestandenes Ergänzungsexamen in einem oder zwei Hauptfächern, deren Beherrschung für das gewählte Studium notwendig erscheint, nachweisen können.

Die Vorbereitung zu solchen Ergänzungsprüfungen kann durch die Teilnahme an Lehrgängen, welche die Universitäten oder Provinzialschulkollegien einrichten sollen, erleichtert werden.

Außerdem wird solchen Seminarabiturienten, welche auf eine Tätigkeit im Lehrberuf an Volks- oder höheren Schulen verzichten wollen, durch Ablegung einer Ergänzungsprüfung die Möglichkeit zu jedem anderen Hochschul- oder Universitätsstudium gegeben. Diese Ergänzungsprüfung umfaßt, falls zu dem erwählten Studium das Reifezeugnis eines Gymnasiums erstrebt wird, die Fächer: Latein und Griechisch, falls Realgymnasialbildung in Frage kommt, Latein, Mathematik und diejenige neuere Sprache, die im Seminar-Abgangsexamen nicht geprüft wurde — und falls Oberrealschulreife erreicht werden soll, eine im Seminar-Abgangsexamen nicht geprüfte neuere Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Am 21. Sept. Um den Abtransport der Gefangenen aus England zu beschleunigen, hat die Admiralität laut „Lokalanzeiger“ zehn deutsche Dampfer zur Fahrt zwischen englischen und deutschen Häfen gechartert. Vermutlich fahren die ersten Dampfer im Laufe der nächsten Woche.

Am 21. Sept. Gestern abend 9 Uhr trafen 1358 heimkehrende Kriegsgefangene aus allen Teilen Deutschlands im Lager am Bahnhof ein. Sie kommen aus den Sammelagern Meteren bei Osnabrück und Bailleul und wurden am Montag in Bailleul verladen.

Die Beteiligung der Bevölkerung an dem Empfang war äußerst rege. Die Stimmung der Heimkehrenden war vorzüglich. Eine an sie gerichtete Begrüßungsansprache wurde freudig aufgenommen.

Politische Rundschau.

Vereidigung.

Am 20. Sept. Am 19. September vereidigte der Reichswehrminister den Chef der Reichswehrbefehlsstelle in Preußen, Oberst Reinhardt, und den Chef der Admiralität, Admiral v. Trotha, auf die Verfassung des deutschen Reiches. Am Nachmittag des 20. September erfolgte die gleiche Vereidigung aller Offiziere und Beamten des zukünftigen Reichswehrministeriums sowie des Offizierstabes des Reichswehrtruppenkommandos I durch den Chef der Reichswehrbefehlsstelle in Preußen, den Obersten Reinhardt.

Eine Milliarde Fehlbetrag.

Berlin, 20. Sept. Nach Meldung einer hiesigen Korrespondenz weist der deutsche Reichshaushalt für die Monate April, Mai und Juni ungedeckte Ausgaben von rund einer Milliarde auf. Für das Quartal Juli-September dürfte der Minderertrag noch erheblicher sein.

Der neue Kurd.

Die preussische Staatsregierung ernannte den Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat im Ministerium des Innern, Freiherrn v. Braun, zum Präsidenten der Regierung in Gumbinnen, den Schriftsteller Ludwig Bartels-Frankfurt a. d. Oder zum Präsidenten der Regierung in Frankfurt a. d. Oder und den Stadtrat Dr. Hausmann-Stettin zum Präsidenten der Regierung in Stralsund.

Die Kirchenwahlen.

Nach dem jetzt fertiggestellten Wahlgesetzentwurf für die verfassunggebende Kirchenversammlung sind die Wahlen zu den Gemeindeförperschaften unmittelbar und geheim. Neu ist die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen und die Aufhebung der sogenannten Selbständigkeitsklausel.

Ein vorbereitender Reichswirtschaftsrat.

Der Entwurf eines Gesetzes über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, der bereits durch eine Mitteilung des Reichswirtschaftsministers Schmidt in der Nationalversammlung angekündigt worden ist, ist inzwischen fertiggestellt worden. Er wird in den nächsten Tagen den Gegenstand von Besprechungen der zuständigen Ressorts bilden. Bis zur Schaffung des in der Verfassung vorgesehenen endgültigen Reichswirtschaftsrats ist für den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat ein weitgehendes Mitwirkungsrecht bei der Gesetzgebung und beim Erlass gewisser grundlegenden Verordnungen vorgesehen. Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat wird in seiner Zusammensetzung den Interessenten aller Berufsstände, sowohl der produzierenden wie der konsumierenden, ausgiebig Rechnung tragen und nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt sein.

Reichsverband gegen Zwangswirtschaft und Sozialisierung.

Die Bewegung gegen die Maßnahmen der deutschen Regierung auf dem Gebiet der Handels- und Wirtschaftspolitik hat dazu geführt, eine Kampffront zu errichten durch Gründung eines Reichsverbandes gegen Zwangswirtschaft und Sozialisierung. Das Zentralblatt für den deutschen Außenhandel hat auf eine Rundfrage bei Wirtschaftsverbänden, Großkaufleuten, Industriellen und Bankiers so viel Zustimmung gefunden, daß es jetzt mit einem fertigen Plan an die Öffentlichkeit tritt. Der Reichsverband gegen Zwangswirtschaft und Sozialisierung will folgende Programmpunkte verfechten: 1. Endgültige Abschaffung der Zwangs- und Planwirtschaft und Einführung der ungebundenen Wirtschaftsordnung; 2. größte Vorsicht bei Sozialisierungen und Kommunalisierungen; 3. ständige Beratung der einschlägigen Reichsministerien durch Sachleute aus Handel und Industrie; 4. Sammlung aller Protestkundgebungen gegen hemmende Regierungsmassnahmen. — Hierzu bemerkt die „Allg. Ztg.“: Es ist zu begreifen und zu begrüßen, daß

dem wirtschaftlichen Dilettantismus und der parteipolitischen Experimentiererei durch Zusammenfassung der Gegenkräfte endlich das Handwerk gelegt werden soll.

Schwarz-weiß-rote Fahnen verboten.

Unliebsame Vorkommnisse der letzten Zeit gaben dem Reichswehrminister Veranlassung, dem Truppenteilen das Vorantreiben schwarz-weiß-roter Fahnen beim Marsche durch ihre Garnisonen usw. zu verbieten.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz in Wohnungsnot.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Groote, wird, wie es in der „Koblenzer Zeitung“ heißt, seinen Wohnsitz nach Neuwied verlegen, da er in Koblenz keine Wohnung finden konnte.

Streik in der sächsischen Spielwarenindustrie.

Chemnitz, 20. Sept. In sämtlichen Holz- und Spielwarenfabriken in Eppendorf in Sachsen sowie im benachbarten Erzgebirge ist die Arbeiterschaft in den Ausstand getreten. Seit einigen Tagen stehen sämtliche Fabriken still. Die von den Arbeitgebern bewilligten Lohnzuschläge sind von den Arbeitnehmern nicht angenommen worden, so daß der Streik voraussichtlich längere Zeit anhalten dürfte. Die Folge des Streiks ist natürlich eine Erhöhung der Preise in der Spielwaren-Industrie.

Argentinisches Getreide für Deutschland.

Amsterdam, 22. Sept. Der Brüsseler Korrespondent des „Telegraaf“ berichtet, daß der internationale Oberste Wirtschaftsrat in der gestrigen Sitzung zustimmte, daß die Deutschen Ausfuhrartikel in die unter Verwaltung der Alliierten stehenden früheren deutschen Schiffe verladen werden, die sich nach Argentinien begeben, um dort Getreide für Deutschland zu laden, wenn kein alliierter Schiffsraum dafür verfügbar ist.

Hamburg, 21. Sept. Eine direkte Dampferlinie Hamburg-Niederländisch-Indien ist heute mit dem holländischen Dampfer „Lembod“ eröffnet worden, der von Hamburg nach Corabana (Java) abgegangen ist.

Getreideschiebungen.

Elberfeld, 20. Sept. An der ganzen rheinisch-holländischen Grenze von Aachen bis Kleve findet zurzeit eine ungeheure Verschiebung von Brotgetreide diesjähriger Ernte aus dem Rheinlande ins Ausland statt. Die Schieber erzielen durch den Schmuggel rund das Doppelte der vom Deutschen Reich gezahlten Höchstpreise. Die holländischen Aufkäufer sind willige Abnehmer, da sie infolge des hohen Standes des holländischen Guldens das Getreide trotz der nach deutschen Verhältnissen hohen Preise spottbillig erhalten und durch den Weiterverkauf an die holländische Regierung bedeutende Gewinne erzielen.

Oberschlesien.

Berlin, 22. Sept. Von der zuständigen Reichsstelle wird mitgeteilt: Die neuerdings in der Presse auftauchende Behauptung, daß angeblich Differenzen zwischen der Reichs- und der preussischen Regierung von irgend einem Einfluß auf die Festsetzung des Termins für die Erteilung der provinzialen Autonomie an Oberschlesien seien, entspricht nicht den Tatsachen.

Berlin, 22. Sept. Nach einem Telegramm der „Berliner Börsen-Ztg.“ sprach sich der in Hindenburg abgehaltene außerordentliche Bezirkstag der sozialdemokratischen Partei entschieden gegen die staatliche Autonomie Oberschlesiens aus.

Republik Birkenfeld.

Die „Abn. Ztg.“ veröffentlicht folgende Notiz: „Birkenfeld, 18. Sept. Die (in Nr. 829 und 830) wiedergegebenen Nachrichten der „Frankf. Ztg.“ und des Wolffschen Bureau, daß die Regierung 30.11. wieder durch die alte Regierung ersetzt worden sei, entbehren leider jeglicher Grundlage. Die Kommission, die gestern von General Mangin empfangen wurde, ist inzwischen ohne Ergebnis zurückgekehrt. Die revolutionäre Regierung Zoller bleibt bis zu den ausgeschrieben Neuwahlen am Ruder.“

Der Reichskommissar für den Wiederaufbau.

Essen, 20. Sept. Wie die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ meldet, ist der ehemalige Direktor der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte und spätere Generaldirektor der Maximilianshütte, Dr. Hans Hilbels, zum Reichskommissar für den Wiederaufbau der früher besetzten feindlichen Gebiete ernannt worden.

Die deutschen Lokomotiven.

Berlin, 20. Sept. Nach der „Voss. Ztg.“ bestehen für die vom „Matin“ angekündigte Rückgabe von 1700 deutschen Lokomotiven noch Gründe anderer Art, als sie von dem Pariser Blatt angegeben wurden. Schon vor zwei Monaten wurde berichtet, daß diese Maschinen die Geleise verstopfen, weil sie für das Fahren auf dem rechten Geleise eingerichtet sind, während die französische Eisenbahn links fährt. Ein Umbau kam darum nicht in Betracht, weil Frankreich schon lange, bevor feststand, daß es von Deutschland Lokomotiven erhalten werde, eine sehr beträchtliche Anzahl von Lokomotiven bei amerikanischen Fabriken bestellt hatte. Nach dem Abschluß des Waffenstillstandes wollte Frankreich von den Verträgen zurücktreten, aber die Amerikaner bestanden auf der Erfüllung des Vertrages.

Die Verteilung unserer Petroleumschiffe.

Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Brüssel: Die Alliierten einigten sich über die vorläufige Verteilung der deutschen Petroleumschiffe. Frankreich soll 230 000 Tonnen totes Gewicht erhalten, Belgien 12 000, Italien 6000, Großbritannien erhält drei Viertel und die Vereinigten Staaten ein Viertel der übrigen bleibenden Schiffe.

Nur 445 Milliarden Kriegskosten.

Paris, 22. Sept. Aus der Freitagssitzung des Abgeordneten Louis Marin in der Ratifikationsdebatte der französischen Kammer ist nach dem stenographischen Wortlaut mitzuteilen, daß der Abgeordnete es als eine Uebertreibung bezeichnete, wenn die Gesamtsumme der Kriegskosten mit 1000 Milliarden angegeben würde, deren Vergütung man von Deutschland verlange. Es handelt sich im Höchstfalle um 445 Milliarden, die die Alliierten von Deutschland reklamieren könnten.

Ratifiziert.

Aus Melbourne wird drahtlos gemeldet, daß die australische Volksvertretung den Friedensvertrag und den englisch-französischen Vertrag ratifizierte.

Der Kaiser.

Brüssel, 21. Sept. (Reuter.) „Libre Belgique“ meldet, daß die Gesandtschaft der Niederlande in Paris davon in Kenntnis gesetzt worden ist, daß Holland innerhalb von vierzehn Tagen die Aufforderung zur Auslieferung des früheren Kaiser Wilhelm erhalten werde.

Die galizische Frage.

Nach dem „Echo de Paris“ beschäftigt sich der Fünfferrat mit der galizischen Frage. Die Bevölkerung bestimme nur zu 40 Prozent aus Polen. Die Konferenz entschied deshalb, daß Galizien als autonome Provinz durch ein internationales Statut einstweilen Polen angegliedert werden solle, daß aber später eine Volksabstimmung endgültig über das Schicksal Galiziens entscheiden werde. Galizien solle vorläufig durch einen Generalgouverneur, den die Regierung in Warschau ernannt, verwaltet werden und einen Landtag und eine Verfassung erhalten.

Die neuen Post- und Telegraphen-Gebühren.

Vom 1. Oktober ab beträgt im inneren Verkehr des Reichs-Postgebiets sowie im Verkehr mit Bayern und Württemberg die Gebühr für:

Fernbriefe bis 20 g 20 S., über 20—250 g 30 S., Ortsbriefe bis 20 g 15 S., über 20—250 g 20 S., Fernpostkarten 15 S., Ortspostkarten 10 S., Rohrpostbriefe 60 S., Rohrpostkarten 50 S., Druckfachen bis 50 g 5 S., über 50 bis 100 g 10 S., über 100—250 g 20 S., über 250—500 g 30 S., über 500 g bis 1 kg 40 S., Geschäftspapiere bis 250 Gramm 20 S., über 250—500 g 30 S., über 500 g bis 1 kg 40 S., Warenproben bis 250 g 20 S., über 250 bis 500 g 30 S., Milchsendungen bis 250 g 20 S., über 250 bis 500 g 30 S., über 500 bis 1 kg 40 S., Postauftragsbriefe 75 S., Briefe mit Wertangabe 1. im Fernverkehr bis 20 g 50 S., über 20—250 g 60 S., 2. im Ortsverkehr bis 20 g 45 S., über 20—250 g 50 S., dazu eine Versicherungsgebühr von 40 S. für je 1000 M. Wertangabe;

Postanweisungen bis 5 M. 20 S., über 5—100 M. 40 S., über 100—250 M. 60 S., über 250—500 M. 80 S., über 500—1000 M. 1 M.;

Pakete (Reisgewicht 20 kg) bis 5 kg, Rahzone, 75 S., Fernzone 1.25 M., über 5—10 kg 1.50 M., bezw. 2.50 M., über 10—15 kg 3 M., bezw. 5 M., über 15—20 kg 4 M., bezw. 6 M., für Einschreibebriefe tritt eine Einschreibgebühr von 30 S. für Pakete mit Wertangabe die Einschreibgebühr von 30 S. und eine Versicherungsgebühr von 40 S. für je 1000 M. Wertangabe hinzu;

für die Eilbestellung bei Vorauszahlung 1. nach dem Ortsbestellbezirk: a) für eine Brieffendung 50 S., b) für ein Paket 75 S., 2. nach dem Landbestellbezirk: a) für eine Brieffendung 1 M., b) für ein Paket 1.50 M.;

Einschreibgebühr 30 S., Gebühr für das Vorzeigen von Nachnahmeseudungen 25 S., Ausfertigungsgebühr für das Ueberweisungs-Telegramm bei telegraphischen Postanweisungen 25 S., Gebühr für dringende Pakete 2 M., Zustellungsgebühr 40 S., Rückscheingebühr 40 S., Einlieferungsgebühr für außerhalb der Schalterstunden eingelieferte Einschreibsendungen und Pakete 40 S., Gebühr für Unbestellbarkeitsmeldungen 50 S., Gebühr für Erlaß eines Aufschreibens 40 S., Gebühr für Bestellschreiben wegen Nachlieferung von Zeitungen 25 S.

Alle Postsendungen mit Ausnahme der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten, unterliegen dem Freimachungszwang.

Die Gebühr für gewöhnliche Telegramme beträgt: im Stadtverkehr für das Wort 8 S., mindestens 80 S., im sonstigen inländischen Verkehr für das Wort 10 S., mindestens 1 M.

Die neue Fernspreckgebührenordnung.

Die neue Fernspreckgebührenordnung, die bekanntlich eine Erhöhung der Sätze um 100 v. H. unter Wegfall der bisherigen Reichsabgabe vorsieht, wird folgenden Tarif bringen:

a) Die Pauschalanschlüsse, die nicht weiter als 5 Kilometer von ihrem Amte entfernt liegen, kosten künftig jährlich: in Rehen bis zu 50 Teilnehmern 160 M., bei mehr als 50 bis zu 100 Teilnehmern 200 M., bei mehr als 100 bis zu 200 Teilnehmern 240 M., bei mehr als 200 bis 500 Teilnehmern 280 M., bei mehr als 500 bis 1000 Teilnehmern 300 M., bei mehr als 1000 bis zu 5000 Teilnehmern 320 M., bei mehr als 5000 bis zu 20 000 Teilnehmern 340 M., bei mehr als 20 000 Teilnehmern (Berlin) 360 M.

b) Die Grundgebührenanschlüsse dagegen kosten bei gleicher Entfernung künftig alljährlich: in Rehen bis zu 1000 Teilnehmern 120 M., bei mehr als 1000 bis zu 5000 Teilnehmern 150 M., bei mehr als 5000 bis zu 20 000 Teilnehmern 180 M., bei mehr als 20 000 Teilnehmern (Berlin) 200 M. Hierbei ist zu beachten, daß für die Anschlüsse unter h mindestens 400 abgehende Ortsgespräche mit fünf

fig je 10 S., also mindestens 40 M. bezahlt werden müssen. Werden mehr als 400 solcher Gespräche geführt, so sind natürlich auch mehr zu bezahlen.

Die heute für die Teilnehmer wichtigste Bestimmung gestattet ihnen nun, aus Anlaß dieser Gebührenerhöhung ihren Anschluß bis zum 15. September für den 1. Oktober zu kündigen oder zum gleichen Tage den Uebertritt von einer höhern Gebührenart (Pauschalanschluß) zu einer niederen ab 1. Oktober zu beantragen. Es sind somit an die Stelle der Vierteljahrsfristen Fristen von nur 14 Tagen getreten. Hiernach wird jeder Teilnehmer zu prüfen haben, ob er nicht künftig die Zahl seiner abgehenden Ortsgespräche (bei denen er also anruft) so vermindern kann, daß er mit einem Anschluß gegen Grund- und Einzelgesprächsgebühr (10 Pfennig-Gespräche) besser wegkommt als mit einem Pauschalanschluß.

Die Gebühren für Nebenschlüsse betragen ab 1. Oktober:

1. für einen Nebenschluß in den auf dem Gebäude des Hauptanschlusses befindlichen Räumen des Inhabers des Hauptanschlusses jährlich 40 M.;
2. für andere Nebenschlüsse (also insbesondere für die von Nachbarn, Bekannten usw., selbst wenn sie auf dem Grundstücke des Hauptanschlusses liegen), jährlich 60 M.;
3. sind zur Verbindung des Nebenschlusses mit dem Hauptanschlusse mehr als 100 Meter Doppelleitung erforderlich, so werden für jede angefangene 100 Meter weitere Leitung jährlich (außer den Sätzen unter 1 und 2) 10 M. erhoben.

Die Gebühren für Ferngespräche bis zu einer Dauer von drei Minuten betragen ab 1. Oktober bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometer 40 S., bis zu 50 Kilometer 50 S., bis zu 100 Kilometer 1 M., bis zu 500 Kilometer 2 M., bis zu 1000 Kilometer 3 M., bei mehr als 1000 Kilometer 4 M.

Ab 1. Oktober geltende neue Postvorschriften.

In Ergänzung der neuen Vorschriften sei noch auf folgenden hingewiesen:

Postabholer haben eine jährliche Fachgebühr von 6 M. vierteljährlich voranzuentrichten, wenn sie ein besonderes Fach des Ausgabebehranten bei der Postanstalt eingeräumt erhalten. Wer nur Zeitungen abholt, ohne daß ein besonderes Fach beansprucht wird, hat eine Ausgabegebühr in Höhe der Hälfte des Zeitungsbestellgeldes für die Dauer der Bezugszeit im Voraus zu zahlen.

Pakete. 1. Auf dem Paket ist der Name und Wohnort nebst Wohnung des Absenders anzugeben; in das Paket oben auf ist ein Doppel der Aufschrift zu legen. Dies ist jetzt eine Zwangsvorschrift. Wird sie vom Absender nicht beachtet, so hat er die daraus entstehenden Nachteile zu vertreten. 2. Jedem Paket muß eine Pakettarte beigegeben sein. Die bisherige Befugnis, mehrere Pakete an denselben Empfänger mit einer Pakettarte zu versenden, ist demnach aufgehoben.

Bei dringenden Paketen hat der Absender zu zahlen: die Paketgebühr, eine besondere Gebühr von 2 M. sowie, wenn die Sendung nicht den Vermerk „postlagernd“ trägt, die Eilbestellgebühr.

Zeitungen. Wird eine bei der Post bestellte Zeitung auf Verlangen des Bezuhers an eine andere Postanstalt überwiesen, so ist hierfür eine Ueberweisungsgebühr von 50 S. zu zahlen, wenn diese Postanstalt in demselben Postort, und eine Gebühr von 1 M., wenn sie in einem anderen Postorte liegt.

Lokalnachrichten.

* Königsberg, 24. Sept. Die Ortsgruppe Königsberg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten usw. hatte die Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen zu einer Versammlung auf Sonntag nachmittag in den „Raffauer Hof“ eingeladen. Eine stattliche Anzahl derselben sowohl von hier als auch der benachbarten Orte hatte der Einladung Folge geleistet. Der Vorsitzende Herr Horn verlas zunächst die vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten am 26. Juli an die Reichsregierung abgegebene Eingabe, in welcher eine durchgreifende Reform für die Versorgung der Kriegserwitwen, -Waisen und Kriegsbeschädigten wiederholt gefordert wird. Hieran anschließend gab Herr Horn die am 10. August eingegangene Antwort bekannt. In dieser gibt die Regierung die bindende Zusage, daß sie von den gesetzgebenden Körperschaften für den mit dem 1. Oktober in Kraft tretenden Reichshaushaltsplan die Einstellung ausreichender Mittel erbitten wird, die in Sonderheit zur Behebung der Nothlage bedürftiger Kriegshinterbliebener dienen soll. Die Regierung habe den ernststen Willen und auch schon durch die Tat bekundet, die unbestrittene Nothlage der Kriegshinterbliebenen weiter tunlichst zu bessern, ernstlich prüfen müsse sie jedoch, ob die erhobenen Forderungen alle jetzt erfüllbar sind. Hinsichtlich der vom Reichsbund erstrebten Gleichstellung sämtlicher Hinterbliebenen in der gesetzlichen Versorgung wird auf die im Reichsausschuß stattfindenden Verhandlungen hingewiesen. Im Falle der Erkrankung von Kriegshinterbliebenen soll, soweit nicht die Krankenkassen eintreten können, die Gewährung von Beihilfen aus öffentlichen und privaten Mitteln der Kriegshinterbliebenenfürsorge allen in Frage kommenden Stellen dringend nahegelegt werden. Auch über die Sicherung von Arbeitsplätzen für die Kriegshinterbliebenen sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gediehen. Es wurde eine Resolution gefaßt, in welcher die Nationalversammlung ersucht wird, die vom Reichsbund geforderten Mittel zu bewilligen. Gegen die von der Regierung gezeigte Verzögerung wurde Protest erhoben. Resolution und Protest werden dem Reichsbund eingeleitet. Der vom Gauvorsitzenden Herrn Eichinger-Frankfurt angesagte Vortrag fiel aus, da derselbe am Erscheinen verhindert war. Die Abhaltung einer Wohltätigkeitsveranstaltung fand Zustimmung, doch soll erst in nächster Versammlung hierüber Beschluß gefaßt werden. Auch über

Die bevorstehenden Gemeindevahlen wurde gesprochen. Man einigte sich dahin, daß jeder an denselben teilnehmenden Partei nahegelegt werde, je einen Kriegsbeschädigten und eine Hinterbliebene in der Vorschlagsliste mit aufzunehmen und zwar nicht an letzter Stelle. Herr Horn gedachte in seinem Schlußwort der Rückkehr der Kriegsgefangenen und hat sich derselben recht kameradschaftlich anzunehmen, ebenso weiterhin eine rege Tätigkeit für die Entwicklung der Ortsgruppe zu entfalten. Es erfolgten alsbald 6 Neuanmeldungen. Zur nächsten Versammlung wird Einladung in dieser Zeitung noch ergehen.

Königstein, 22. Sept. Der hiesige Fußballklub hatte am Sonntag wieder einen Großkampftag. Die 1. Mannschaft spielte gegen die gleiche des F.C. Hassia-Rüsselsheim auf dem hiesigen Sportplatz. Rüsselsheim stellte eine gute, flinke Elf ins Feld. In der 20. Minute riß Königstein durch seinen Mittelstürmer die Führung an sich. Mit dem Stande 1:0 wurden die Seiten gewechselt. Auch Rüsselsheim zeigte gutes Können, doch ließ es die Königsteiner Verteidigung zu keinem Erfolge kommen. Nach einem an sportlichen Momenten sehr reichen Spiele konnte Königstein mit 1:0 das Feld verlassen. Anschließend spielte die 2. Mannschaft gegen die gleiche des F.C. Sp. B. Soden. Nach hartem Kampf siegte Königstein mit 3:2 Toren. — Die 3. und 4. Mannschaften spielten im Soden gegen die gleichen Mannschaften. Das Spiel der 3. Mannschaft verlief unentschieden 1:1. Die 4. Mannschaft gewann mit dem schönen Resultat 4:0. Mit guter Hoffnung kann der Fußballklub den kommenden Verbandsspielen entgegengehen.

Vom 1. Oktober ab beträgt die Pauschgebühr für den hiesigen Ortsfarnsprechbereich jährlich 240 M. Die Grundgebühr beträgt 120 M. Zur Grundgebühr treten für jedes Gespräch noch eine Gesprächsgebühr von 10 S. Für den Ortsfarnsprechbereich von Niederreienberg beträgt die Pauschgebühr jährlich 160 M. Die Ferngebühr für Gespräche nach Orten im Umkreise von 25 Kilometer beträgt vom 1. Oktober ab 40 S für die Dauer von 3 Minuten. Wünscht ein Teilnehmer seinen Anschluß zum 1. Oktober zu kündigen oder zu einer niedrigeren Gebührenart überzugehen, so hat er dies sofort dem Postamt schriftlich mitzuteilen.

Die seit 31. August hier garnisonierende Regabteilung wurde nunmehr durch Mannschaften des 167. Infanterie-Regiments abgelöst, von denen ein Bataillon am Samstag auf voraussichtlich längere Dauer hier Quartier bezog.

Ein Hirtenbrief der deutschen Bischöfe. Die zur Bischofskonferenz in Fulda versammelten deutschen Bischöfe haben einen gemeinsamen Hirtenbrief erlassen, der das katholische Volk trösten und ermutigen soll. Der Friede von 1919 wird als ein Verarmungsfriede ausführlich gekennzeichnet, dessen ungeheure Lasten nur durch verstärkte Religiosität zu tragen seien. Der Hirtenbrief sagt wörtlich: „Man hat von einem Ohnmachtsfrieden geredet und es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß er uns wirklich eine dauernde Entlastung, Freiheitsbindung und Niederhaltung unserer Weltstellung bringen wird.“ Aber das sei noch kein Grund zum Verzweifeln. Der Völkerrfrieden würde nicht besser, wenn die Völker nicht besser werden, und die Völker werden nicht besser, wenn die Menschen nicht wieder wahre Christen werden. Deshalb wendet sich der Hirtenbrief gegen die Verleumdungen, die religiösen Lebensäußerungen und Kräfte zurückdrängen, die Religion aus der Volksschule auszuhalten und einen neuen Kulturkampf gegen Christentum und Kirche zu eröffnen. Damit wäre das Schicksal unseres Vaterlandes besiegelt.

Pferdezucht. Eine am letzten Sonntag in Oberzeisel stattgehabte Versammlung des Pferde-Zucht-Vereins befaßte sich mit der Neueneinrichtung und dem Wiederaufbau des Vereins, der mit allen Kräften gefördert werden soll, weil die Landwirtschaft in Folge des Krieges und der tief einschneidenden Abgabe von Zuchstuten und Hengsten an die Entente notgedrungen wieder selbst Pferde aufziehen muß. Es wurde betont, daß die Preise für Pferde eine Höhe erreichen werden, denen der Landwirt nicht folgen kann und daß durch Auflösung der staatlichen Ställe die Notwendigkeit an die Zuchtvereine herantrete, selbst Hengste zu beschaffen und zu unterhalten. Das erfordert einen engen Zusammenschluß der Landwirte in einem Zuchtverein; solcher Vereine oder Genossenschaften sind in der Zeit bereits sieben im Regierungsbezirk neugegründet worden. Der für den Oberaunuskreis bereits seit Jahren bestehende Pferde-Zuchtverein wendet sich daher in einem Aufruf an die Pferdebesitzer des Kreises und der nächsten Umgebung mit der Aufforderung zum Beitritt als Mitglied. Die Anmeldung kann durch Einzeichnung in eine beim Bezirksrat jeder Ortschaft aufliegenden Liste erfolgen.

Schneidhain, 24. Sept. Am Sonntag in der Frühe wurde hier der Gemeindevorsteher S. dabei beobachtet, wie er Äpfel von dem Gemeindevorsteher, die doch vorher für nicht wenig Geld versteigert worden waren, zu einem Anteil einheimste. Diese an sich schon gesetzwidrige und mit seinem Amt und Würde als Vertreter und Vorbild der Gemeinde ganz und gar nicht zu vereinbarende Tätigkeit für S. noch ein Nachspiel haben, da man doch nicht annehmen kann, daß er die Äpfel vor anderen ihm im Amt nicht gleichstehenden — Leuten in Sicherheit bringen würde.

Hornau, 23. Sept. Für den durch Blitzstrahl und hierdurch verursachten Brand in voriger Woche um die Scheune, die ganze Körnerernte und alle Wirtschaftsgeräte gefommenten Landwirt Heinrich Paul hier ist eine Sammlung von Landesprodukten usw. eingeleitet worden, die schon recht erfreuliche Resultate zeitigt hat. Allen teilnehmenden Einwohnern sei dies Werk der Nächstenliebe weiter ans Herz gelegt; für das seither geleistete, ebenso beim Brande zu Hilfe geeilten Einwohnern der Gemeinde Altenhain und Rellheim sei auch an dieser Stelle öffentlicher Dank abgestattet.

Von nah und fern.

Idstein, 22. Sept. Die Bürgermeisterstelle der Stadt Idstein (Taunus) ist durch Pensionierung des seitherigen Bürgermeisters freigeworden. Bewerbungen von Beamten, die in der Verwaltung oder ihr verwandten Berufszweigen längere Zeit in leitender Stellung tätig gewesen sind, werden bis spätestens 15. Oktober d. J. erbeten.

Diez, 22. Sept. Ein raffinierter Diebstahl wurde in den letzten Nächten hier verübt. Fünf Zentner Salzfleisch wurden aus den Kellern in der Bergstraße, wo die Vorräte des Kreises lagern, gestohlen.

Buttlar (Rhön), 21. Sept. Freie Bahn der Tüchtigen! Unsere Bürgermeisterstellvertreterwahl hatte kein endgültiges Ergebnis. Es muß daher eine Stichwahl stattfinden zwischen dem Landwirt Alexander Hofmann und der Dienstmagd Frau Jiska Engel.

Höchst a. Rh., 21. Sept. Ein schweres Rechen- und Kunststück wurde von hoher amtlicher Stelle einer kleinen Nachbargemeinde aufgetragen, nämlich die pünktliche Ablieferung von einem Kalbe pro Woche oder 52 im Jahr. Da im ganzen Dorfe nur 30 Kühe vorhanden sind, jede Kuh aber im Jahr nur einmal kalbt, so soll der weise grüne Amtstisch um Rat befragt werden, ob nicht durch ein besonderes Landesnotgesetz der halbjährige Geburtzwang für die hiesigen Kühe einzuführen sei. Der dann noch verbleibende Ueberstand über die Pflanzsumme der abzuliefernden Kühe soll den Vätern des Gesetzes und der famosen Ablieferungsverfügung verehrt werden.

Bebra, 21. Sept. 20 Millionen Brandschaden. Der Riesenbrand am 6. Juli auf dem hiesigen Bahnhof vernichtete, wie nunmehr feststeht, 161 Güterwagen vollständig und 78 Wagen sehr schwer. Der Gesamtschaden wird auf 20 Millionen M. bewertet.

Zweibrücken, 20. Sept. Um der Stadt die auferlegte Strafe von 20.000 M. zu ersparen, hat sich jetzt die Tochter des Gärtners Tomsh als diejenige gemeldet, die den Kranz am Bismarckdenkmal niedergelegt hat. Den Auftraggeber will sie allerdings nicht genannt haben. Sie befindet sich in Haft.

Eisenbahnunfälle.

mz Mainz, 20. Sept. Auf den vormittags 7.46 Uhr von hier nach Worms fahrenden Personenzug 510 stießen im Bahnhof Osthofen vier Wagen eines Güterzuges, die sich losgerissen hatten, auf der abfallenden Strecke mit rasender Schnelligkeit von hinten auf. Der letzte Wagen des Personenzuges wurde zertrümmert und geriet in Brand. Getötet wurde der Gutsbesitzer Heinrich Bredheimer aus Bechtheim. Von den vier Schwerverletzten starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus der Gutsbesitzer Jakob Knehl aus Einsheim. Eine größere Anzahl Passagiere, zumeist aus Rheinhessen, kam mit leichteren Verletzungen davon. Der Sachschaden ist erheblich.

mz Haltern i. W., 20. Sept. Heute vormittags 2 Uhr 18 Minuten fuhr auf dem Bahnhof Haltern der D-Zug 91 Köln—Altona bei der Durchfahrt auf eine Rangierabteilung auf. Ein Heizer und ein in der Abteilung 1 im Postwagen des D-Zuges befindlicher Postsekretär wurden getötet. Eine weitere verkohlte Leiche, vermutlich die eines Postbeamten, wurden noch nicht erkannt. Schwer verletzt wurden ein Postbeamter und der Lokomotivführer der Rangierabteilung, leicht verletzt elf Bahnpostbedienstete. Reisende sind nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden ist bedeutend.

Starker Schneefall im Riesengebirge.

Berlin, 22. Sept. Laut einer Meldung des „Total-Anzeigers“ ist im Riesengebirge ein Witterungsumschlag eingetreten. In der Nacht zum Montag hat es auf dem Hochgebirge stark geschneit. Gestern (Montag) früh lag Schnee bis in 1000 Meter Höhe.

Letzte Nachrichten.

Das Betriebsrätegesetz.

mz Berlin, 23. Sept. In der Nachmittagsitzung des Ausschusses der Nationalversammlung über das Betriebsrätegesetz führte Reichsarbeitsminister Schlide aus, daß der Gegensatz zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern, den man von dem Gesetz befürchtete, schon vor dem Gesetz bestand, daß dazu Verstimmungen durchaus nicht neu, sondern schon bei dem Gesetz über die Arbeiterausschüsse, über das Koalitionsgesetz usw. entstanden sind. Es wäre ja besser gewesen, das ganze zu erwartende soziale Programm vorzulegen. Das vorliegende Gesetz sei eigentlich nur ein Rahmengesetz. Sollte den Betriebsräten durch die Tarifverträge weitere Befugnisse zugewiesen werden, so habe die Regierung nichts dagegen einzuwenden.

Bis jetzt noch kein Generallstreik.

mz Berlin, 24. Sept. Dem „Total-Anzeiger“ zufolge ist der in Berlin geplante Generallstreik der Metallarbeiter bis heute nicht zustande gekommen. In keinem der großen Betriebe waren gestern wirkliche Abstimmungen über den evtl. Streik vorgenommen worden.

Die Spielkartensteuer.

mz Berlin, 24. Sept. Das Inkrafttreten des Spielkartensteuergesetzes ist bis jetzt für den 1. 11. bestimmt worden.

Landarbeiterstreik — Schulstreik.

mz Berlin, 24. Sept. Im Kreise Ederförde ist der Landarbeiterstreik ausgebrochen, der über 500 Güter erfaßt hat.

mz Berlin, 24. Sept. Wie das „Tageblatt“ berichtet, ist der Schulstreik in München noch nicht beendet.

Die Friedensverhandlungen.

mz Berlin, 23. Sept. Die „Voss. Ztg.“ bringt eine drahtlose Meldung aus Lyon, daß die französische Kammer den Friedensvertrag ratifiziert habe. Eine direkte Nachricht aus Paris liegt hierüber noch nicht vor.

mz Versailles, 22. Sept. Der „Temps“ meldet: Morgen Nachmittag findet im Trianon-Palast die Unterzeichnung des diplomatischen Aktes betr. den Artikel 61 der deutschen Reichsverfassung durch Herrn v. Versner statt. Die Unterzeichnung ist nicht öffentlich. Es werden ihr beizuwohnen für Frankreich Jules Cambon, für Amerika Polk, für England Sir Eyre Crowe, für Italien Scialoja und für Japan Matsui.

mz Paris, 22. Sept. (Havas.) Baron v. Versner richtete an das Generalsekretariat der Friedenskonferenz eine Note bezüglich der Unterbringung der Vertreter Deutschlands in Paris nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch die Kammer. Die Räumlichkeiten der Botschaft seien zu klein, um darin die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse aufzunehmen, welche noch während vieler Tage den Verkehr zwischen Paris und Berlin besorgen, und ebenso für die zahlreichen Sekretäre und Maschinenschreiber der Ausschüsse. — Baron v. Versner hat am Marsfeld drei Häuser gemietet, an deren Einrichtung zurzeit gearbeitet wird.

mz Brüssel, 23. Sept. Havas-Reuter. Die „Vibre Belgique“ veröffentlicht eine Depesche aus dem Haag, in der es heißt, die Nachricht von dem demnächst zu erwartenden Ersuchen um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers habe keine Überraschung verursacht. Die holländische Regierung werde auf das Ersuchen des Obersten Rates mit einer höflichen, aber formellen Weigerung antworten. Dem Blatte wird von gutunterrichteter Seite versichert, daß die assoziierten Mächte sogar mit der Weigerung Hollands rechneten, um endgültig die Frage aus der Welt zu schaffen, deren Lösung mit Schwierigkeiten verbunden sein würde.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Ausführung des Gesetzes betr. Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten und Darlehenskassenscheinen vom 1. März 1919 (R.-G.-Bl. S. 363/64) ist von der französischen Behörde für das besetzte Gebiet genehmigt worden.

Wiesbaden, den 6. September 1919.

gez.: Unterschrift.

Wird veröffentlicht.

Königstein i. T., den 18. September 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Bei den Pferden des Landwirts Georg Ballauer in Hornau i. T. ist die Pferdekrappe ausgebrochen.

Königstein i. T., den 18. September 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 420/7. 19. K. R. A.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (R.-G.-Bl. S. 1292), auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. November 1918 (R.-G.-Bl. S. 1304) und auf Grund des Erlasses der Reichsregierung betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (R.-G.-Bl. S. 438) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

In der Uebersichtstafel zu der Bekanntmachung Nr. Ch. I. 1/3. 16. A.-M.-A. betr. Bestandverbeugung und Beschlagnahme von Chemikalien und ihre Behandlung vom 1. März 1916 fällt die Klasse A fort.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 1919 in Kraft.

Berlin, 1. 8. 19.

Der Reichswehrminister.

Wird veröffentlicht.

Königstein, den 18. September 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Bekanntmachungen für Königstein.

Infolge Bedrohung der Feldhäuer bei Uebergriffen von Dieben bei Felddiebstählen hat der Herr Administrator die Bürgermeister aufgefordert, strengere Befehle für polizeiliche Bewachung zu erlassen. Bei solchen Bedrohungen sollen die Polizeibeamten nicht zögern von ihrer Waffe Gebrauch zu machen.

Königstein, den 22. September 1919.

Die Polizeiverwaltung. J. B.: Brühl.

Betrifft Versammlungen.

Der Herr Administrator macht bekannt: Nach bereits ergangenen Vorschriften sind alle Versammlungen erlaubt, wenn dem Herrn Administrator ein Gesuch wenigstens 48 Stunden vor der Versammlung zugegangen ist. Die

politischen und sportlichen Versammlungen jedoch dürfen nur dann stattfinden, nachdem das Komitee eine schriftliche Genehmigung des Herrn Administrators erhalten hat.

Alle Gesuche wegen Versammlungen sind durch Vermittlung des Bürgermeisters und Landrats dem Herrn Administrator vorzulegen und wird derselbe Niemand mehr empfangen, der kommt um nachzutragen ob seine Versammlung genehmigt ist.

Königstein i. T., den 24. September 1919.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Ristenverkauf.

Die Stadt hat	
70 Risten, 44x70x27, Holzstärke 12 mm	
40 „ 77x48x20 „ 12 „	
15 „ 48x25x20 „ 6 „	

abzugeben.

Schriftliche Angebote werden bis zum Montag, 29. September, vorm. 11 Uhr, im Rathaus, Zimmer 2, entgegen genommen.

Königstein i. T., den 24. September 1919.

Der Magistrat. J. B.: Brühl.

Jagdverpachtung.

Samstag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, wird die hiesige Feld- und Waldjagd, circa 284 ha, auf dem hies. Bürgermeisteramt öffentlich auf 12 Jahre verpachtet. Die Bedingungen liegen bis einschl. 3. Oktober während der Dienststunden vormittags von 9–12 Uhr auf dem Bürgermeisteramt offen.

Falkenstein, den 18. September 1919.

Der Jagdvorsteher: Hasselbach.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung B ist heute unter Nummer 13 die Firma **Peter Schmitt & Komp.**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, **Kellheim i. T.**, eingetragen worden.

Gegenstand des Unternehmens: Die Fabrikation von Möbeln.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 20.000 Mark.

Geschäftsführer:
Peter Schmitt & Komp.
Karl Seicher
Theodor Wiesens

Schreinermeister in Kellheim i. T.
Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. August 1919 festgesetzt. Jeder Geschäftsführer vertritt für sich allein die Gesellschaft. Wechselverbindlichkeiten dürfen die Gesellschaft jedoch nur gemeinschaftlich eingeben.

Königstein (Taunus), den 6. September 1919.
Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Unter Nummer 68 unseres Handelsregisters Abteilung A ist heute die offene Handelsgesellschaft **Tanus-Automobil-Verbindung Sturm & Komp.** in **Niederreienberg i. T.** eingetragen worden.

Personlich haftende Gesellschafter sind:
Wilhelm Abel, Hauptlehrer in **Niederreienberg**,
Josef Sturm, Kraftfahrer in **Niederreienberg**,
Ludwig Ochs, Lagerverwalter in **Oberreienberg**,
Theodor Richard, Kraftfahrer in **Oberreienberg**.

Die Gesellschaft hat am 13. August 1919 begonnen.
Königstein (Taunus), den 6. September 1919.
Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Unter Nummer 69 unseres Handelsregisters Abteilung A ist heute die offene Handelsgesellschaft **Firma Stamm** in **Königstein im Taunus** eingetragen worden.

Personlich haftende Gesellschafter sind:
1. **Techniker Karl Stamm**
2. **Herrmann Ferdinand Stamm**
beide in **Königstein im Taunus**.
Die Gesellschaft hat am 1. August 1919 begonnen.
Königstein im Taunus, den 20. September 1919.
Das Amtsgericht.

Apfel-Versteigerung.

Donnerstag, den 25. September ds. Js., nachmittags 3 Uhr, werden die Äpfel der

Gemeinde Altenhain

etwa 100 Zentner Kelteräpfel

auf dem Gemeindegelände daselbst öffentlich meistbietend versteigert.

Altenhain, den 20. September.
Der Bürgermeister: **Alzenheimer**.

Möbel-Ankauf!

Bin stets Käufer
guterhalt. Möbelstücke, Schlaf-
zimmer, Speisezimmer, Herren-
zimmer, Pianino, Stutzflügel,
Kassenschränke.

Zahle zeitgemäße Preise gegen
sofortige Kasse.

August Reininger, Wiesbaden,
Wellritzstrasse 37. Fernspr. 6109.

Sailzyl-Pergamentpapier zu Einmachzwecken,
vorzüglich gegen
Schimmelbildung (1 Bg. 35 Pfg., 2 Bg. 55 Pfg.) verkauft
Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

Ein gutes Rezept

zur Herstellung eines vorzüglich
schmeckenden Hausgetränks

ist folgendes:

Man nehme zu 150 Liter 40-80 Pfund Äpfel oder
Brenn, 1 Flasche Moskato mit Weidelbeerzucker
und mit Süßholz, 2-4 Pfund Zucker, 40 g Weidel-
— Genaue Anweisung liegt den Flaschen bei.

Ein Versuch überzeugt. Glänzende Anerkennungen.

Ruf's Kunstmostrank mit Weidelbeerzucker und mit

Süßholz kostet die Flasche zu 100 Liter Mk. 17.—.

Ruf's Kunstmostrank mit Weidelbeerzucker und mit

Süßholz kostet die Flasche zu 50 Liter Mk. 9.—.

Aleinerer Hersteller:

**Robert Ruf, Heidelberg-Verl.-
haus, Ettlingen.**

Wöffingen, 23. August 1919.

Werter Herr Ruf!

Dabe schon zweimal von Ihnen Kunstmostrank be-
zogen für mich und meinen Nachbar; derselbe hat uns
sehr gut gefallen usw. Dabe dieses Jahr wenig Obst,
möchte es daher mit Kunstmostrank versehen. Senden
Sie mir daher so schnell als möglich wieder 3 Flaschen
Weidelbeer-Kunstmostrank mit Süßholz.
gez.: **Christine Schäfer**.

An die Landwirte des Kreises!

Wir sind auch in diesem Jahre wieder auf Vorschlag des Kommunalverbandes von der Reichsgetreidestelle als **Kommissionär für den Kreis Königstein bestellt worden**. Wir haben die Durchführung des Aufkaufs übernommen, obwohl wir voraussehen, daß dieser Aufgabe sich große Schwierigkeiten entgegenstellen würden. Aber gerade deshalb glaubten wir als genossenschaftliche Organisation uns derselben nicht entziehen zu dürfen. Leider hat die ja wohl begreifliche Abneigung gegen die Aufrechterhaltung der Zwangs-
Lieferungen von Brotgetreide bis jetzt nur in sehr mäßigem Umfang erfolgt sind. Nach Mitteilung der Reichsgetreidestelle müssen nunmehr die Ablieferungen unbedingt besser werden, damit sie denen des Vorjahres entsprechen, weil sonst die Versorgung der Bevölkerung mit Brot weiterhin nicht durchführbar ist. Bis zum Herbst, also dem Zeitpunkt, mit dem die umfangreichen Kartoffel- und Rübentransporte einsetzen, muß die Reichsgetreidestelle so viel Brotgetreide besitzen, daß die Vorräte ausreichen, um die Brotversorgung ohne Stocken durchführen zu können, so lange als infolge der hohen Anforderungen an die Bahn Brotgetreide nur in geringem Umfang transportiert werden kann. Die diesjährige Ernte darf als eine gute Getreideernte angesehen werden, sodaß bei der in Aussicht genommenen niedrigen Aufmahlung von 80% doch die gleichen Rationen Brot an die Bevölkerung verteilt werden können, wenn die Ablieferungen in gleichem Umfang erfolgen würden wie im vergangenen Jahre. Eine Störung in der normalen Brotversorgung hätte unmittelbar den Zusammenbruch unserer Ernährung und dauernd neue Unruhen zur Folge, mit Wirkungen, die verhütet werden müssen. Wir richten darum an alle Landwirte des Kreises die dringende Bitte, anstatt abzuwarten und zurückzuhalten, doch unter allen Umständen auf unverzügliche Ablieferung des abgabepflichtigen Getreides bedacht zu sein, wozu noch ein besonderer Anreiz darin liegt, daß für die Mengen, die bis zum 1. Oktober ds. Js. zur Abnahme bereitgestellt werden, die bekannten ansehnlichen Preiszuschläge zur Auszahlung kommen. Nur dann wird es möglich sein, die uns gemachten Auflagen zur restlosen Erfüllung der ablieferungspflichtigen Brotgetreidemengen zu erfüllen und damit zur Sicherstellung der Volksernährung beizutragen.

Es bedarf keiner weiteren Betonung der Wichtigkeit dieser Aufgabe, deren Lösung gleichbedeutend ist mit Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung — auch auf dem Lande —.

Kommissionär der Reichsgetreidestelle:

Landw. Zentral-Darlehnskasse für Deutschland

filiale Frankfurt a. M.

Eine gut erhaltene moderne
Schlafzimmer-Einrichtung
mit einem Bett zu kaufen gesucht. Angebote
unter H. W. 43 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Außer dem bestbekannten
Kaiser Friedrich-Quelle
führe ich jetzt auch wieder das altbewährte
Oberselterser Mineralwasser
und nehme Bestellungen für etwaigen Winterbedarf schon
jetzt entgegen.
Adam Keutner, Dandlung, Königstein, Daupstr.



**Qualität
ist alles!**

Ich bin die Qualität!
Enttäuschung, Ärger
und Schaden wird
vermieden durch
den Schuhputz

Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun
Allinhersteller: **Werner & Merz, Mainz**

Kellnerblocks (Bonbücher), fortlaufend nummeriert,
perforiert und zum Durchschreiben
eingerichtet, verkauft
Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

Brennholz

Große Posten
**Buchen-, Eichen-, Kiefern-
scheitholz kauft**
Siegfriedwerk Wiesbaden
Abteilung Ludwigshafen a. Rh.

Wir suchen für unser Büro für sofort oder später
einen tüchtigen, jungen Mann,
der mit Buchhaltung und allen vorkommenden Kontor-
arbeiten gut vertraut ist. Offerten mit Gehaltsansprüchen
nebst Zeugnissen und Angabe von Referenzen erbeten an
Kronthaler Mineralquellen,
Betriebs-Gesellschaft m. b. H., Kronthal i. T.

4 tüchtige Hofarbeiter,
1 Heizer, sowie
1 Fuhrmann, umzugehen versteht,
finden **dauernde Beschäftigung** bei
Franz Diehl, Holzbearbeitungsfabrik,
Kellheim.

Für den
Bahnversand!
Frachtbrieft: Eilfracht-
brieft: Bahnpaket-
(Eilfracht) Karten
: Aufklebzeile:
anhänger mit Dese stets vor-
rätig. Sonder-Anfertigung mit
Firma und Abgangskarte ab
500 Stück empfiehlt
Ph. Kleinbühl, Königstein.

Gesucht i. sofort in Königstein
od. Cronberg 2 Zimmer, eines der-
jedenfalls groß, Sommerseite,
el. L., gutbel. Dien od. Zent-
ralheizung, Küchenbenutzung
Beding. Dauertm. a. D. 1919.
Derzog-Adolphstr. 11, Königst.

Suche Wohnung
ver sofort oder 1. Oktober
2-3 Zimmer, Küche u. Manf.
Schneil, Villa Sans,
Königstein im Taunus.

Ein Haus
mit 6 Zimmern, Küche, Bad
und Garten zu verkaufen
Näheres:
Mühlweg 4, Falkenstein.
Frisch eingetroffen:
Emaillewaren
Jrdenes Geschirr
Porzellan
Glaswaren
**Haushaltungs-
Gegenstände.**
Frankfurter Kaufhaus,
Kellheim i. T.

Handleiterwagen
in allen Größen und
bester Ausführung empfiehlt
Georg Weidmann,
Cronberg. Am Bahnhof.

Ein legschweine
eingetroffen bei
Fritz Himmlerich,
Eschborn, Tel. Bad Soden 55.

Plakate
Süßer Apfelwein
Rauscher Apfelwein
zu haben
Druckerei Ph. Kleinbühl,
Hauptstr. 41 Königstein Fernruf 44

**Welche 2 Damen, (gute Tä-
zerinnen) wünsch. f. d. Kiroh-
welche f. Fischbach-Ruppertsheim
(28. 9. u. 5. 10. 19) 2 Herren i. Alt.
v. 23 u. 26 Jahren, (gut. Tänzer)
kenn. z. lern. Streng. Diskr. Ehrenz.
Angeb. u. F. K. 5 a. d. Geschäftsst.**

Selbst-Mädchen
gesucht.
Zu erf. in der Geschäftsstelle.
**Suche für sofort od. später
in kinderlos. Etagen-
haushalt**
Mädchen
für alles, das selbständ. führen
kann, Backfrau vorhanden.
Amtsgerichtsrat **Moschoda,**
Königstein, Vimbürgerstr. 17.

Dienstmädchen
für sofort gesucht.
J. Jähner, Niederrhausen,
Bahnhofstr. 109, Telefon 55.

**Mehr. Maurer
und Tagelöhner**
gesucht.
**M. Schmitt, Maurer-
meister,**
Kellheim.